gegenüber der so erzeugten Psychose der Angst und der Furcht standhaft geblieben sind und sich nicht an die Wahlurnen schleppen ließen, so stellt das der politischen Einsicht und der Einsatzbereitschaft dieser aufrechten Antifaschisten das beste Zeugnis aus. Die Berliner Organisation der Sozialistischen Einheitspartei hat im Kampfe gegen das Wahlmanöver und die damit verbundene Kriegs- und Antisowjethetze eine erhöhte Aktivität an den Tag gelegt. Sie wurde noch gesteigert durch die Bildung des neuen, provisorischen Magistrats, der der auswegslosen Politik der Spaltung und Kriegshetze, wie sie von den neofaschistischen Parteiführern Westberlins betrieben wird, ein Programm der konkreten Hilfe für die Berliner Bevölkerung und der planmäßigen Aufbauarbeit entgegenstellt. Die Sozialistische Einheitspartei wird diese Politik unbeirrt fortsetzen und wird darin bestärkt durch die großartige Leistung der weit über 100 000 Arbeiter und Angestellten, die sich am 5. Dezember der Aufbauarbeit im sowjetischen Sektor zur Verfügung stellten. Sie wird den einzig rechtmäßigen Magistrat unter Führung von Friedrich Ebert mit allen Kräften unterstützen, um die Demokratisierung Berlins und den Aufbau der Berliner Wirtschaft zum Wohle der Bevölkerung auf jede Weise zu fördern.

Gleichzeitig wendet sich das Zentralsekretariat der SED aber an alle diejenigen, die dem Zwang und dem Druck und der bewußten Irreführung durch die Neumannsche Parteiführung der Berliner SPD erlegen sind und erklärt ihnen schon heute: Diese neofaschistische Führung der Berliner SPD wird das Ergebnis ihrer Spalter- und Terrorwahlen zu nichts anderem benutzen, als die Geschäfte des ausländischen Monopolkapitals zu besorgen. Durch sie wird keine einzige der Sorgen und Nöte der Bevölkerung der Westsektoren behoben werden. Die mit ihren Stimmen von der bisherigen Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Gesetze und Verordnungen gegen die Berliner Monopolkapitalisten, Kriegsverbrecher und Naziaktivisten werden sie nun erst recht preisgeben, so, wie es ihre ausländischen Auftraggeber ihnen befohlen haben. Schon am Tage nach der Wahl verkündete der amerikanische „Tagesspiegel“, daß es trotz der sozialdemokratischen Mehrheit keine Sozialisierung der Versicherungsgesellschaften, keine Vergesellschaftung der Banken, keine Planwirtschaft, keine Versicherungspflicht, keine demokratische Einheitsschule, kurzum, keine Versuche geben dürfe, die Grundsätze des sozialdemokratischen Erfurter oder Görlitzer Programms zu verwirklichen.